

Laibacher Zeitung.

Nr. 34.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. fl. 12, halbj. 6.50.

Donnerstag, 12. Februar

Insertionspreis für die 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst 1m. 6 kr., 2m. 9 kr., 3m. 12 kr. u. s. w. Insertionspreis jebohm. 90 kr.

1874.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben das nachstehende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Vier Fürst Auersperg!

Aus verschiedenen in letzter Zeit Meiner Schlußfassung unterzogenen Vorlagen Meines Ministeriums habe Ich mit Befriedigung ersehen, daß die Bekämpfung des in einzelnen Theilen des Reiches wahrnehmbaren Nothstandes einen Gegenstand unausgesetzter und wachsender Fürsorge der Organe Meiner Regierung bildet. Wenn es auch nur einzelne Städte und Gebietsheile sind, die durch vorübergehende Stockungen des Handelsverkehrs oder des industriellen Erwerbes, durch Mißwachs oder epidemische Krankheiten schwerer betroffen wurden, so liegt es Mir doch am Herzen, daß alles aufgeboten werde, um den bedrängten Klassen der Bevölkerung jede thunliche Erleichterung zutheil werden zu lassen.

Insondere wünsche Ich das Augenmerk darauf gerichtet zu sehen, daß die Thätigkeit zur Herstellung von Werken, die im öffentlichen Interesse nothwendig oder in volkwirtschaftlicher Beziehung wichtig sind, angeregt und gefördert und dadurch Arbeit für fleißige Hände und Verdienst für zahlreiche Gewerbe geschaffen werde. Ich bin überzeugt, daß die Bestrebungen Meiner Regierung in dieser Richtung auch bei den Vertretungsgörnern und Gemeinden willfähriges Entgegenkommen und kräftige Mitwirkung finden werden.

Mein Ministerium hat in diesem Sinne wie bisher von Fall zu Fall die geeigneten Vorkehrungen zu treffen.

Wien, am 8. Februar 1874.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 2. Februar d. J. dem General-Cavalerie-Inspector, Generalmajor und k. k. Kammerer, Nikolaus Grafen Pejasevič die Würde eines geheimen Rathes mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Handelsminister hat der Wiederwahl des Joseph Oberanzmayer zum Präsidenten und der Wahl des Julius Krepesch zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Graz für das Jahr 1874 die Bestätigung ertheilt.

Das k. k. Ackerbauministerium verlieh die Stelle eines Rechnungsassistenten in der zehnten Klasse bei der k. k. Forst- und Domänen-direction in Görz dem derweiligen Rechnungsassistenten bei derselben Direction Anton Juljan und die Stelle eines Rechnungsassistenten dem Praktikanten der Landesbuchhaltung in Görz Johann Pirjavec.

Seite wird das 1. Stück des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain pro 1874, enthaltend unter Nr. 1 die Kundmachung der k. k. Landesregierung für Krain vom 17. Dezember 1873, Z. 9047, inbetreff der Anwendung der §§ 9, 10 und 11 der Grundzüge über die Bestellung von behördlich autorisirten Privattechnikern auf die Praxis bei der landschaftlichen Bauabtheilung und bei städtischen Bauämtern, unter Nr. 2 die Kundmachung des k. k. Landespräsidenten für Krain vom 24. Dezember 1873, Z. 9265, mit welcher die Militär-durchzugsgebühren in Krain für den Zeitraum vom 1. Jänner bis einschließlich 31. Dezember 1874 festgesetzt wird, und unter Nr. 3 die Kundmachung des k. k. Landespräsidenten für Krain vom 30. Dezember 1873, Z. 9432, mit welcher der Vorspannpreis in Krain für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1874 festgesetzt wird — ausgegeben und versendet, was hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Laibach, am 12. Februar 1874.
Von der Redaction des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Action der Jungslaven.

In der grazer „Tagespost“ läßt sich an leitender Stelle unter dem Titel „Die Jungslaven und die kirchenpolitischen Gesetze“ eine Stimme vernehmen, welche der jungslavischen Partei rath, sich offen und allen Ernstes der Verfassungspartei anzuschließen, denn nur im Bunde mit der deutschen Verfassungspartei sei auf parlamentarischem Wege ein Sieg zu erlangen.

Die „Tagespost“ sagt: „Unmittelbar nach den letzten Reichsrathswahlen, die in Krain so günstig für die Verfassungspartei ausgefallen sind, haben wir darauf hingewiesen, wie gering sich der Anhang der Jungslaven unter der Bevölkerung gezeigt hat. (Morgenblatt der „Tagespost“ vom 26. Oktober 1873.) Zwei Lehren mußten sich die Jungslaven aus diesem Ergebnis der Wahlen ziehen, sie mußten begreifen lernen, daß mit liberalen Programmreden allein kein Anhang zu gewinnen ist, und daß sich ihre Vertreter im neuen Reichsrath auch zu liberalen Thaten aufraffen müssen, wenn sie sich anders eine Zukunft erkämpfen wollten. Zweitens dankten bei den letzten Wahlen zwei Candidaten der Jungslaven, Dr. Razlag in Krain und Dr. Bošnjak in Untersteier, ihre Wahl der Unterstützung der Verfassungspartei. Es erwächst ihnen daraus die moralische Pflicht, auch im Sinne ihrer verfassungstreuen Wähler zu handeln und wenigstens in confessionellen Fragen treu dem Willen ihrer Mandatgeber für die Sache des Fortschrittes einzustehen.

So ist demnach der jetzt tagende Reichsrath der Boden, auf dem die Fraction der Jungslaven ihre Existenzberechtigung beweisen und sich eine politische Zukunft erst erkämpfen, wo sie zeigen muß, ob die letzten liberalen Umwandlungen ihrer Führer und Organe mehr als ein äußerliches Gesunkener bedeuteten, bestimmt, leichtgläubige Wähler zu blenden und zu gewinnen! Die confessionellen Vorlagen aber bieten hinwiederum die erste Gelegenheit dar, entschieden Stellung zu nehmen. Hier mußten sich die Jungslaven, so verschwommen und zweideutig bisher ihr Auftreten sein mochte, für ein schwächliches Bündnis mit der bankrotten und reactionären Rechtspartei oder den von ihnen bisher herzlich gehaßten verfassungstreuen Elementen entscheiden. Die Wahl scheint den Jungslaven peinlich genug geworden zu sein, aber sie fiel schließlich im Sinne der Vernunft und des Fortschrittes aus und wie unsere Leser bereits wissen, ist alle Aussicht vorhanden, daß die Jungslaven nicht nur für die confessionellen Regierungsvorlagen stimmen, sondern daß sie sich auch für jene weitergehenden Gesetzesentwürfe erklären werden, welche hoffentlich aus der eigenen Initiative des Reichsrathes hervorgehen und die obligatorische Civilehe und andere wichtige confessionelle Fragen neu regeln werden.

Mit Recht führen die jungslavischen Blätter aus, wie die Stellung ihrer Deputirten zu diesen Vorlagen auch werde beweisen müssen, ob ihr Kampf gegen die Altslaven mehr denn ein Froschmäusekrieg gewesen sei; denn die Differenz in der Auffassung confessioneller und liberaler Fragen war es, unter deren Titel die Jungslaven mit den „Alten“ gebrochen, — es ist jetzt an ihnen, zu zeigen, daß diese Differenz kein Vorwand war, sondern ein Ausfluß ihrer unerschütterlichen Ueberzeugung, für die sie offen und männlich, ohne feige Rücksicht auf ehemalige Bundesgenossen einzustehen wissen. Und wenn ihnen dann von diesen vorgeworfen werden sollte, daß sie die gemeinschaftlichen nationalen Interessen preisgeben, so darf sie, wie ihre Organe erklären, auch dieser Einwand nicht beirren; denn der Ultramontanismus ist sich überall gleich und ist der Feind jedes vernünftigen Fortschrittes, mögen ihn Deutsche oder Slaven anstreben, seine Bekämpfung ist also ebenso sehr eine internationale Angelegenheit, wie er selbst einen internationalen Krebschaden der modernen Gesellschaft bedeutet und jedes Gesetz, das zur Bekämpfung des Ultramontanismus geschaffen wird, kommt ebenso sehr den Slaven, wie den Italienern und Deutschen zugute, mag dann die Initiative dazu von diesem oder jenem Ministerium ausgehen. Zudem ist ja die Einigkeit der „nationalen Opposition“ längst zur Phrase herabgesunken, deren ganze Inhaltslosigkeit keinem aufmerksamen Beobachter mehr entgehen kann.

In hundert Fractionen zerrissen, die sich gegenseitig leidenschaftlich anfeinden und bekämpfen, ist die Opposition nur in ihrer verbissenen Negation gegen die Verfassung einig und vergeudet die beste politische Arbeitskraft ihrer Anhänger in erfolglosen Agitationen und Demonstrationen. Was Wunder, wenn sich alle jene Elemente, denen die Vernunft noch nicht ganz abhanden gekommen, von dieser Bundesgenossenschaft zu emancipieren suchen, um auf dem Boden der Verfassung eine fruchtbarere und heilsamere Thätigkeit zu entfalten. Mag sich dieser Umwandlungsprozeß auch langsam vollziehen, er schreitet doch stetig und unaufhaltsam mit geschichtlicher Nothwendigkeit fort, bis er zur vollständigen Gesundung unseres Parteilbens führt.

Und in diesem Sinne begrüßen wir den jüngsten Entschluß der Jungslaven als ein erfreuliches Symp-

tom, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Muß er doch auch insofern gewürdigt werden, als er nur als der erste Schritt einer immer fortschreitenden Annäherung der Jungslaven an die Verfassungspartei zu betrachten ist. Denn mit ihrem Einsicheln für die confessionellen Vorlagen brechen die Jungslaven alle Brücken ab, die sie noch in das Lager ihrer ehemaligen Bundesgenossen zurückführen könnten.

In den Augen starrer Reactionäre kann es kein schlimmeres Verbrechen geben, als das Einsicheln für antiklericale Gesetze und die geistlichen Führer der krainischen Bauern werden hinfür die Jungslaven ebenso fanatisch in Acht und Bann erklären, wie die treuen Anhänger der Verfassung, welche seit Jahren für den Reichsgebanten eingetreten sind. So werden die Jungslaven in eine isolirte Stellung gerathen, aus der es für sie nur einen Ausweg geben kann; die ehrliche Versöhnung mit der Sache der Verfassung. Staatsrechtliche Utopien haben auch in Krain keinen Boden mehr, wie die letzten Wahlen bewiesen haben, und der intelligentere Theil der Bevölkerung findet keinen Gefallen mehr an der leidenschaftlichen Bekämpfung der Verfassung. Die Wähler verlangen vielmehr den freihheitlichen Ausbau unserer staatlichen Institutionen durch fortschrittliche Gesetze, die sich in den Rahmen der Verfassung einzufügen haben, sowie die Erledigung brennender, volkwirtschaftlicher Arbeiten, an deren Durchführung theilzunehmen die Jungslaven in zahlreichen Programmreden versprochen haben. Alles dies ist nur im Bunde mit der Verfassungspartei durchführbar; — acceptieren die Jungslaven denselben ganz und ehrlich, dann wird auch ihr unvernünftiger Deutschemiß allmählich schwinden, der Verkehr mit den deutschen Elementen wird in ihnen die Ueberzeugung reifen lassen, daß die Deutschen wohl die Führung beanspruchen dürfen, keineswegs aber Feinde jenes nationalen Strebens sind, das sich in ehrlicher und rastloser geistiger Arbeit geltend macht. Die Deutschen weisen jede Zumuthung energisch zurück, sich von den übrigen Nationen des Reiches vergewaltigen zu lassen; um die Germanisation kleinerer Stämme war es ihnen nie zu thun, dazu fühlen sie sich zu stark, um derselben überhaupt zu bedürfen.“

Journalstimmen über die deutsche Thronrede.

Die „Assemblée Nationale“ bemerkt: „Man findet in dieser Rede hinsichtlich des Friedens eine bedingte Zusicherung, welche reiflich erwogen zu werden verdient. Es ist dies mehr als je ein Fall des alten Ausspruchs zu gedenken: *Licet et ab hoste doceri*. Se. Majestät der deutsche Kaiser ist allerdings nicht mehr gerade ein Feind für uns. In der hohen Region, in welcher so viele Erfolge seine Seele gehoben haben, müssen nothwendig Ideen der Bewusstheit und Rathschläge der Milde und Gerechtigkeit walten. Aber rings um die kaiserliche Person rühren sich und arbeiten unversöhnliche Ambitionen, die um so heftiger sind, als sie sich jetzt von der öffentlichen Vernunft bedroht fühlen. Wie geschickt und anspruchsvoll diese Ambitionen auch sein mögen, wir hoffen, daß sie nicht durchdringen werden; der feste und wohlwollende Geist Sr. Majestät Wilhelms wird allein in der deutschen Politik die Oberhand behalten.“

Die „Union“ schreibt: „Wir können auf keinem Punkte des europäischen Continents Parteien entdecken, welche den Frieden zu stören drohen; nur in Berlin könnte man jemanden finden, welcher gern die ganze Welt hofmeistern möchte, und keinen Anstand nimmt, sich in die innere Regierung der Staaten einzumischen, indem er seine „freundschaftliche Theilnahme“ allen anderen Combinationen als den seinigen vorenthält. England treibt seine Geschäfte und kümmert sich nicht um andere Leute.“

Rußland bedroht niemanden, wenn es auch mit Hilfe der allgemeinen Wehrpflicht mehr Soldaten auf die Beine bringen wird als irgend eine andere Macht; Oesterreich-Ungarn arbeitet an seiner Wiederherstellung, nicht ohne Kraft und Würde, aber ohne offensives Gebaren; Italien mit seinen Truppen, welche auf dem Papier stehen, und seinem Papiergeld, welches nur noch ein negatives Vermögen repräsentiert, zerfällt täglich mehr und macht niemandem Furcht; Frankreich endlich kann weder Reich noch Schrecken einschleusen, und die Parteien, in welche es gespalten ist, sind nur eine Gefahr für dasselbe; lediglich von Berlin können also gegenwärtig den Frieden bedrohliche Phantasien ausgehen. Wenn Herr v. Bismarck jetzt friedlichen Neigungen

Raum gibt, so wird die Stunde seinem neuen Beruf gewiß keine Schwierigkeiten in den Weg legen."

Die „Republique Française“ äußert sich, wie folgt: „Die deutsche Regierung versichert, daß nichts den europäischen Frieden bedroht und sie schöpft diese Ueberzeugung ebenso aus den Gesinnungen der Vertreter der verschiedenen Staaten, als aus den allgemeinen Tendenzen der modernen Politik. Unser Jahrhundert, glaubt sie, ist fest entschlossen, sich vor Einflüssen zu wahren, welche es nur allzu lange beherrscht haben und seinen Fortschritt auch jetzt zu stören suchen. Die Thronrede betont dieses Symptom und wünscht sich zu demselben Glück. Wir unsererseits theilen umso bereitwilliger die Befriedigung, welche man in Berlin hierüber empfindet, als unser Jahrhundert, wenn es die klericalen Ansprüche zurückweist, auf welche die Thronrede offenbar anspielt, ebensowenig geneigt scheint, sich dem Regime zu unterwerfen, welches Preußen Frankreich entlehnt hat, um es in Deutschland zu acclimatilisieren. Als wollte die Regierung des Kaisers Wilhelm übrigens selbst zeigen, daß sich über die Schwierigkeiten ihres Unternehmens keinen Täuschungen hingibt, betont sie die Nothwendigkeit innerer Reformen. Das würde ihr gewiß nur zur Ehre gereichen; aber die Demokratie macht bisweilen Ansprüche, die sich mit der von der Autokratie gebotenen Aengstlichkeit schlecht vertragen. So stimmt der angekündigte Preßgesetzentwurf, dessen Härte sich bereits aus den Andeutungen der deutschen Blätter ahnen läßt, ziemlich schlecht mit jenen umfassenden Fortschritten des geistigen Lebens, welche die nemliche Thronrede als die werthvollste Bürgschaft für die Unabhängigkeit der Staaten ansieht. Wir wollen bei den übrigen, auf die deutschen Angelegenheiten bezüglichen Stellen der Thronrede nicht nicht verweilen und nur erwähnen, daß der Kaiser Wilhelm sich aus Anlaß der elsäß-lothringischen Wahlen dazu Glück wünscht, Provinzen, die ehemals dem Reiche „entrißen“ worden seien, ihren Platz in der großen germanischen Familie wieder einnehmen zu sehen.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 11. Februar.

Die neue ungarische Wahlgesetzgebung anlangend, vernimmt „Ellend“, die Regierung beabsichtige nicht ein vollständiges neues, sondern bloß eine Novelle zu dem bestehenden Wahlgesetz einzubringen. Die wichtigste Bestimmung der Novelle soll die Einführung ständiger Conscriptioonslisten sein. Ganz dem entsprechend lauten auch die diesfälligen Informationen des „Baloldal“, und fügt das letztere Blatt noch hinzu, die Novelle werde gemeindeweise Abstimmung beantragen. — Die neue Parteigestaltung und die Bildung einer neuen parlamentarischen Majorität in Ungarn hat — wie „P. N.“ schreibt — einen Schritt vorwärts gethan. Dem im „P. U.“ enthaltenen Vorschlag — daß der Ministerpräsident eine Einigung zwischen den Führern der verschiedenen Parteien zu stande zu bringen versuche, um nach seinem Rücktritte Sr. Majestät einen Vorschlag unterbreiten zu können, der eine parlamentarische Regierung ermöglichen würde — fügt das genannte Blatt folgende Bemerkung an: „Dieser Plan wird in Parlamentekreisen lebhaft discutirt und wir müssen constatieren, daß derselbe nirgends auf einen solchen Refens stößt, den er bei seinem früheren Auftauchen fand. Es hat den Anschein, daß wir uns mitten in der parlamentarischen Krise befinden, und daß die verschiedensten Factoren zusammenwirken, um der gegenwärtigen Verwirrung je eher ein Ende zu machen.“

Feuilleton.

Aus der vornehmen Gesellschaft.

Erzählung von J. Krüger.
(Fortsetzung.)

In den ersten Tagen der Anwesenheit Arthurs auf dem Gute machte er von dem Anerbieten des Herrn von Lieben, so oft es ihm beliebe, in dessen Familienkreise zu verweilen, keinen Gebrauch. Er ließ dem Baron durch den alten Christian sagen, daß er sich zwar schon etwas wohler fühle, als bei seiner Ankunft, daß er aber fürchte, durch seinen Husten, der leider noch nicht abgenommen, die Unterhaltung zwischen ihm und seiner verehrten Gemahlin zu stören.

Die Zuneigung des alten Dieners wußte er durch ein leutseliges Benehmen und die Befolgung seines Rathes bezüglich seines Brustleidens zu gewinnen, und wenn Christian, der sich rühmte, selbst ein wenig von der Arzneikunst zu verstehen, ihm einfache, aber wirksame Hausmittel zur Stillung seiner erheuchelten Schmerzen verordnete, so drückte er in herzlichen Worten dem alten Manne seinen Dank aus und nahm in dessen Beisein gutwillig die aus Kräutern bereitete Medizin ein.

Christian war deshalb des Lobes voll von dem jungen blaffen Gaste und wußte seiner Herrschaft nicht genug zu erzählen, was für ein folgamer guter Herr der ihm anvertraute Pflegling sei und daß er, wenn Herr von Bernsdorf nur seine Verordnungen immer befolgen wolle, er ihn ohne Hilfe eines gelehrten Doctors wieder herzustellen hoffe.

Der „Bien Public“ widmet den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland einen Artikel, der folgende Sätze enthält: „Wir glauben nicht, daß Deutschland oder Italien einen Vorwand zu Streitigkeiten sucht; aber es ist offenbar, daß der geringste Zwischenfall genügen würde, um wenigstens Schwierigkeiten herbeizuführen, unter welchen unsere Würde, wenn nicht unsere Sicherheit, zu leiden hätte. Jedesmal, wenn wir in einer Zeitung das Wort: Allianz im Zusammenhange mit Frankreich lesen, macht es auf uns nur einen wehmüthigen Eindruck. Die Enttäuschung läßt dann in der That niemals lange auf sich warten. Man hat die Rede des Herrn Visconti-Venosta gelesen; wie kann da noch ein Zweifel bestehen? Gewöhnen wir uns also daran, nur auf uns selbst zu zählen; das wird uns vorsichtiger machen. Bauen wir keine Luftschlöffer von Revanche, rechnen wir auf keine Großmuth von irgend wem, aber trachten wir, durch unsere Mäßigung es dahin zu bringen, daß ringsum uns alles und selbst unsere Feinde Interesse haben, uns zu achten. Diese große Zurückhaltung wird unser Bedünken die nationalste und zugleich die geschickteste Politik sein. Würde und Klugheit machen es uns zur Pflicht, einsam zu leben. Seien wir gewiß, daß, wenn wir uns irgend einer Macht zu nähern suchen, ein mißtrauisches Auge uns beobachtet und eine gefährliche und kluge Macht im rechten Moment dazwischen treten wird. Bleiben wir allein, betreiben wir bestens unsere Geschäfte und lassen wir die deutschen Blätter reden, ohne ihnen zu widersprechen.“

Die Nationalversammlung in Versailles, hat die zwei ersten Artikel des Steuerentwurfes angenommen, wonach die Einregistrierungsgebühren sowie die Gebühren für außergerichtliche Acte um die Hälfte erhöht werden.

Man erwartet in England, daß in dem neuen Ministerium Disraeli die Namen Derby, Hardy, Northcote, Hunt und Cairns ihren Platz finden werden. Auch der Marquis von Salisbury wird als Candidat für ein Portefeuille genannt.

Bei der Volksabstimmung im Canton St. Gallen stimmte mehr als die Hälfte der Katholiken für das Gesetz, welches den Geistlichen das Politisieren auf der Kanzel bei Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verbietet. Es stellte sich dafür eine Majorität von 4000 Stimmen heraus.

Der serbische Fürst hat die Skupschtsina unter lebhaften Zivios der Mitglieder am 10. d. persönlich geschlossen.

Die bosnischen Flüchtlinge wurden auf ihr Ansuchen vom Sultan amnestirt. Dieselben können, mit Certificaten seitens der türkischen Botschaft in Wien versehen, nannmehr in ihre Heimat zurückkehren.

Das social-demokratische Memorandum,

welches dem Reichsrath überreicht werden wird, lautet:
Hoher Reichsrath!

Als Vertreter eines in vielen Beziehungen bedeutenden und Beachtung verdienenden Theiles des im Interesse der Gesamtheit nach Verbesserung der staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen ringenden österreichischen Arbeiterstandes erlauben wir uns, dessen Wünsche einem hohen Reichsrathe ergebenst zu vermitteln. Dieselben beschränken sich, wie wir schon jetzt hinzufügen wollen, lediglich auf bekannte Forderungen, deren Gewährung unter den obwaltenden Umständen nothwendig erscheint, nachdem auch unserer Ueberzeugung nach ihre Realisirung derzeit mit ernstern Schwierigkeiten nicht verknüpft sein kann.

Der Baron hatte Bernsdorf in der ersten Woche fast jeden Tag besucht und sich nach dessen Befinden gelegentlich erkundigt. Am ersten Tage der zweiten Woche betrat er wieder den Pavillon, um seinem Gaste anzukündigen, daß wohl beinahe ein Monat vergehen werde, ehe er wieder das Vergnügen haben könnte, ihm persönlich seine Theilnahme zu bezeigen.

„Ich entferne mich sonst nur ungern auf so lange Zeit von meiner Bertha und meinem lieben Knaben,“ sagte er. „Meine ganze Seele hängt an meinem theuren Weibe und dem holden Kinde und immer kehrt mir die melancholische Stimmung, die sich meiner in meinem früheren einsamen Dasein bemächtigt, zurück, wenn ich das strahlende Lächeln meiner Gattin nicht sehe, das unschuldige Geplauder Bertholds nicht höre. Aber ich kann jetzt nicht ausweichen. Einer meiner Jugendfreunde, ein Gutsbesitzer in der Provinz Böhmen, ist durch unverschuldete Unglücksfälle schwer heimgesucht worden und steht in Gefahr, seine im ganzen noch immer sehr werthvollen Besitzungen hartherzigen Gläubigern überlassen zu müssen, wenn ihm nicht jemand zu Hilfe kommt, der seine Angelegenheiten zu ordnen und die Herrschaften, die ihm keine Rücksicht schenken wollen, zu bestimmen weiß, ihm Frist zur Zahlung zu gewähren. Er glaubt, daß ich das im stande sei, und da ich seine Respectabilität und sein wackeres Herz kenne, so habe ich mich zu der Reise dorthin entschlossen, um ihm wenigstens so viel von seinem Vermögen zu retten, daß er nicht gezwungen wird, mit Frau und Kindern den Bettelstab zu ergreifen.“

Arthur von Bernsdorf schien tiefgerührt. Er drückte dem Gutsbesitzer warm die Hand.

„Der Herr Graf von Waldau,“ sagte er, „rühmte

Die Verhältnisse, mit denen die wirtschaftliche und freie Entwicklung des Reiches zu kämpfen haben, sind uns wohlbekannt.

Ebenso wissen wir, welche wichtige Arbeiten noch in dieser Session der Erledigung durch die Legislative harren. Doch die außergewöhnliche sociale Situation erfordert auch außerordentliche Anstrengungen. Eine Verzögerung in der Lösung drängender Fragen könnte möglicherweise die bedauerlichsten Consequenzen nach sich ziehen.

Wir leben in einer Zeit, wo Tausende von Arbeitern jedes Berufes, Handwerker, Beamte und Ackerbauer unverschuldet unter den Folgen der ökonomischen Krise leiden. Ueberall im Reiche, insbesondere aber in den industriellen Bezirken von Böhmen, Mähren und Schlesien, wo der Lohn des Arbeiters selbst nach den offiziellen Ausweisen der Handelskammern niemals die Möglichkeit des Sparens für Nothfälle zuließ, nimmt die Sterblichkeit der Arbeiter in erschreckendem Maße zu. Der Hungertyphus fordert täglich neue Opfer. Dazu kommt, daß allerorten die Zahl der Arbeitslosen in stetem Steigen begriffen ist.

Diese genügend bekannten, wenn auch durch irrtümliche Angaben einiger Journale zum Theil bestrittenen Thatfachen dürften gewiß danach angethan sein, den hohen Reichsrath zu bestimmen, das vorliegende Schriftstück als dringlich zu behandeln und demselben eine wohlwollende Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

Indem wir nun zur Darlegung unserer Wünsche schreiten, glauben wir noch zuvor darauf hinweisen zu müssen, daß inbetreff derselben zahlreiche Petitionen schon früher an das hohe Abgeordnetenhaus gelangt sind.

Dem Verlangen nach Aufhebung der Zwangsgenossenschaften, dem wir auch jetzt wieder wiederholentlich dringlichst an maßgebender Stelle Gewährung zugesichert. Gesuche um Errichtung von Arbeiterkammern erledigte man auf dem gewohnten Wege, indem man sie dem Petitionsauschuß der hohen Regierung „zur Würdigung“ zuwies. In derselben Angelegenheit überreichte eine Arbeiterdeputation im September 1872 dem hohen Ministerium ein Memorandum.

Unseres Wissens waren damals die Grundlagen zum Wahlreformgesetz noch nicht endgiltig festgestellt. Allein man wird die Kundgebungen der Arbeiter als unzeitgemäß angesehen haben, denn die im Vorjahre im Leben getretene Wahlreform berührte nur diejenigen, welche einen gewissen Betrag an directen Steuern zahlten, während jene große Masse von Staatsbürgern, welche eine nicht unbedeutende Steuerlast ausschließlich in indirecter Form auferlegt ist, von jeder Theilnahme an der Gesetzgebung ausgeschlossen blieb.

Nach den Ereignissen, welche im Vorjahre der Erschütterung des Geldmarktes gefolgt sind, empfindet der Arbeiterstand diese Lücke im österreichischen Verfassungleben doppelt schmerzlich.

Wie diese Lücke ausgefüllt werden kann, das möge der hohe Reichsrath in erster Linie in Berathung ziehen und zu einem die Arbeiter befriedigenden Ziele führen. Unser Standpunkt in dieser Frage ist wiederholt in der Oeffentlichkeit besprochen worden.

Wir wollen keine Sonderstellung, keine neuen Privilegien. Was wir verlangen, ist die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Die Herrschaft einer Klasse über die andere verursacht nur gesellschaftliche Schäden und entspricht nicht einem humanen Zeitalter.

Wir erstreben deshalb das allgemeine gleiches und directe Wahlrecht für alle Vertretungsberechtigten ohne beschränkende Clauseln und wir hoffen, durch auf-

Sie mir als einen der edelsten Männer unseres Standes. Er hat nicht zuviel gesagt. Hat sich doch ihre Menschenfreundlichkeit nicht nur an mir, den armen Kranken, im reichsten Maße behätigt, Ihr Wohlthun erstreckt sich auch in die Ferne. Ja, wer einen Freund besitzt, wie Sie, Herr Baron, der kann sich wahrhaft glücklich preisen.“

„Ich handle nur pflichtgemäß,“ versetzte von Lieben. „Leider ist mir, was ich für manchen gethan, der meine Hilfe anrief, schlecht gelohnt worden. Aber ich habe darum das Vertrauen zur Menschheit doch nicht verloren. Meine Devise ist: „Der Würdige soll nicht mit dem Unwürdigen leiden.“

Mit wenigen herzlichen Worten verabschiedete der Baron sich von Arthur und am folgenden Morgen horte letzterer von dem alten Christian, daß der Herr abgereist sei.

Den nächstfolgenden Tag, wo das Wetter mild und schön, hustete Arthur weit weniger als in der letzten Woche und noch einen Tag später — es war in der Morgenstunde — bat er seinen Pfleger, bei der Frau Baronin anzufragen, ob es ihr genehm sei, heute seinen Besuch anzunehmen.

Der alte Mann lachte vergnügt.

„Sehen Sie, junger Herr,“ sagte er, „daß ich Sie wieder herauskriege. Noch ist kein Arzt bei Ihnen gewesen und Sie sehen schon viel wohler aus, als wie Sie zu uns kamen. Ja, der alte Christian versteht viel besser zu curieren als die Herren Doctoren und meine Kräutertränke sind heilsamer, als was die hochstudierten Herren aus den Substanzen, die in allen fünf Welttheilen wachsen, zusammenbrauen.“

Klärende und belehrende Thätigkeit die Bürgerchaften für einen günstigen Erfolg desselben zu erringen. Wir hegen die Ueberzeugung, daß das allgemeine Stimmrecht allein im Stande ist, ein getreues Bild zu geben von dem thatsächlichen Zustande des Staates und der Stärke der Parteien. Wir sind der Meinung, daß das allgemeine Wahlrecht niemals dauernd der fortschreitenden Entwicklung eines Landes gefährlich ist. Denn so wenig ein Parlament von Männern der vorgeschrittenen Richtung es vermag, Reformen durchzuführen, für welche die socialen Voraussetzungen, Bedürfnis und Verständnis fehlen, ebensowenig könne eine aus Vertretern der finsternsten Reaction bestehende Gesetzgebung, ohne ihre Existenz zu bedrohen, die vorhandenen gesellschaftlichen Machtfactoren verletzen. Die in der religiösen Frage schwebenden parlamentarischen Kämpfe, wie die so häufig in Oesterreich eintretenden unparlamentarischen Ueberraschungen beweisen zudem, daß gewisse Gefahren ohne das Wollen des allgemeinen Stimmrechts vielleicht in noch höherem Maße vorhanden sind.

Wenn aber auch der hohe Reichsrath eine so tiefgreifende Verfassungsänderung, wie sie unseren Grundgesetzen entspricht, nicht sofort vornehmen könnte, so liegt doch kein ernstes Hindernis vor, bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auf Grund der in unseren Petitionen erörterten Prinzipien die Errichtung von Arbeiterkammern in allen Handelskammerbezirken vermittels einer kurzen Gesetzesnovelle zu votieren.

Solche Körperschaften wären geeignet, bei dem immer größere Dimensionen annehmenden Nothstande praktische Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Alle Wünsche der Arbeiter würden zur prüfenden öffentlichen Discussion gelangen und der hohe Reichsrath hätte über schätzenswerthes Material für die unentbehrlich gewordene Fabrikgesetzgebung zu verfügen.

In zweiter Linie haben wir die Presse im Auge. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit sind eine ernste Mahnung an die Gesetzgeber, eine auf politische und sociale Entwicklung der Gesamtbevölkerung so großen Einfluß nehmende Substitution von Fesseln zu befreien, die nur auf Kosten des allgemeinen Wohles getragen werden.

Die Arbeiterchaft Oesterreichs hat gewiß mit Befriedigung von der Aufhebung der Inscritensteuer Kenntnis genommen. Doch können wir nicht unterlassen, auszusprechen, daß auch die Aufhebung des Zeitungsteimpels ein Gebot der öffentlichen Moral ist. Die auf unreellen Gewinn und Erpressung abzielenden Journale, welche ein hochgestellter Freund des Zeitungstempels gegen dessen Aufhebung anführte, erscheinen bekenntlich meistens nur in wenigen Exemplaren, und die Erzeuger solcher Druckschriften werden sich auch niemals ernstlich gegen die erwähnte Steuer auflehnen. Die Verminderung der Staatseinnahmen aber kann nicht in Betracht kommen, wo es sich um die Grundpfeiler jedes gesunden Staatslebens handelt.

Zu den Erfordernissen einer freien Presse gehören auch die Befreiung der Cautionsverpflichtung und die Freigebung der Colportage. Diese letztere würde im gegenwärtigen Momente einer Masse von beschäftigungslosen Personen den nöthigen Erwerb gewähren.

Was wir soeben bezüglich der Verminderung der Staatseinnahmen sagten, müssen wir in noch höherem Grade zugunsten der Aufhebung des Kottos und der Verzehrungssteuer geltend machen. Die Verluste, welche die verderblichen Wirkungen solcher Einnahmequellen der Gesamtheit zufügen, übersteigen bei weitem den Gewinn, welchen der Staat durch sie erzielt.

Schließlich wünschen wir noch eine Revision des jetzigen Vereins- und Versammlungsgesetzes,

wodurch dasselbe dem Wortlaute des durch die Staatsgrundgesetze garantierten freien Vereins- oder Versammlungsrechtes mehr als seither entspricht. Bis zum Vollzuge dieser Revision könnten die Behörden angewiesen werden, keinerlei Willkür zu üben und den Bürger in der Ausübung seines Rechtes zu schützen, anstatt zu hindern. Wir gedenken bei diesem Anlasse des Umstandes, daß bereits das Reichsgericht die behördliche Verletzung des Vereinsgesetzes constatirt hat.

Auch bezüglich des Coalitionsrechtes sollte eine unparteiische Handhabung desselben empfohlen werden.

Indem wir nun nochmals die Hoffnung aussprechen, der hohe Reichsrath möge in Erwägung der angeführten Gründe diese Manifestation einer eingehenden Beachtung würdigen, verharren wir u. s. w."

Tagesneuigkeiten.

Die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach St. Petersburg erfolgte am 11. d. M. nachmittags 3 Uhr. Der Auszug nach Moskau ist in das Reiseprogramm aufgenommen; der Rückkehr des Monarchen wird in Wien am 26. oder 27. d. M. entgegensehen.

(Prozeß Placht.) Johann Baptist Placht wurde des Verbrechens des Betruges in zweifacher Qualifikation, dann des Verbrechens der Veruntreuung schuldig erkannt und ist durch sechs Jahre in schwerem, monatlich mit einem Fasttage verschärften Kerker anzuhalten. Die Gläubiger wurden mit ihren Forderungen auf den Civilrechtsweg gewiesen.

(Hirtensbrief.) Der hochw. Herr Fürstbischof von Lavant erließ einen Fasten-Hirtensbrief. Derselbe hält sich streng an kirchliche Angelegenheiten und vermeidet jeden Ausfall gegen die herrschende politische Richtung und die Staatsgesetze.

(Bischofsleid.) Ein mährisches Journal meldet, daß in einer der nächsten Sitzungen des confessionellen Ausschusses der Antrag auf Einführung eines den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Bischofsleides eingebracht werden wird und gegenwärtig über die Formulierung desselben zwischen der Fortschrittspartei und dem Klub der Linken Verhandlungen stattfinden.

(David Strauß), der deutsche Philosoph und Verfasser vieler berühmter Schriften, wie: „Das Leben Jesu“, „Der Alte und der Neue Glaube“, starb in seiner Vaterstadt Ludwigsburg am 9. d. Er war dort am 27. Jänner 1808 geboren.

Locales.

Die Handels- und Gewerbekammer

hielt am 9. d. eine ordentliche Kammer Sitzung ab. Präsident Herr B. C. Supan beantragte nach vorausgegangener umständlicher Darstellung und Erläuterung des Gegenstandes folgende Resolution:

„Die Handels- und Gewerbekammer wolle beschließen: 1. Es sei an das hohe k. und k. Gesamtministerium die Bitte zu stellen: die hohe Regierung möge mit Rücksicht auf die schon zu wiederholten malen ausgesprochene Nothwendigkeit einer Locomotiv-Eisenbahn von Laibach durch das trainer Unterland nach Karstadt eventuell Josefthal die diesbezüglichen ausgearbeiteten und dem hohen Handelsministerium bereits vorliegenden Detailprojecte dem hohen Reichsrathe ohne Verzug vorlegen und veranlassen, daß im Hinblick auf die große Nothstandslage in Unter- und in Ausführung des Gesetzes inbetreff der Staatshilfe der Lau dieser Bahn unter gleichzeitiger Bewilligung einer entsprechenden Unterstützung im beiläufigen Betrage von zwei bis drei Millionen Gulden aus den für Bahnbauten bestimmten außerordentlichen Reichsmitteln dem-

nächst begonnen werde. (Die nähere Begründung dieser Resolution sei in der Einbegleitungsbeilage aufzuführen.)

2. Das hohe k. und k. k. Handelsministerium sei zu ersuchen, dasselbe möge die nöthigen Schritte einleiten, daß eine directe, von der Südbahn vollständig unabhängige Eisenbahn als Fortsetzung der Rudolfsbahn zum Meere nach Triest schleunigst hergestellt werde, welche absolute Nothwendigkeit bereits beim ersten österr. Handelskammertage von 15 cisleithanischen Kammeren anerkannt wurde und für welche man sich in der Plenarsitzung am 15. Juli v. J. ausgesprochen hat.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Aus der Gemeinderaths-Sitzung

vom 11. Februar.

Gegenwärtig die Herren: Bürgermeister Deschmann als Vorsitzender, 23 Gemeinderäthe und Schriftführer Mikhalitsch.

I. Der Schriftführer verliest das Protokoll über die letzte Gemeinderathssitzung; dasselbe wird verificirt.

II. Der Vorsitzende theilt mit, daß der Stadtkassendruckausweis vom 8. Februar l. J. vorliegt und in der Folge dem Gemeinderathe allmonatlich ein solcher Ausweis vorgelegt werden.

III. Der Vorsitzende erinnert, daß nach dem Gemeindestatute im März l. J. ein Drittel der Gemeinderäthe (die Herren Dreo, Dr. Schaffer, Samassa, Terpin, Bauer, Deschmann, Dr. Ritter v. Kaltenegger, Lashan, Lagnig, Bilina und Bürger) aus dem Gemeinderathskörper auszutreten haben und die Einleitung getroffen wurde, daß Ergänzungswahlen für den 3. Wahlkörper am 13., für den 2. Wahlkörper am 14. und für den 1. Wahlkörper am 16. April stattfinden.

IV. In das Bau- und Ueberwachungscomité werden gewählt die GMR. Ziegler, Lagnig und Bürger.

V. GMR. Terpin betont die unterlassene Beziehung des Obmannes der Finanzsection bei der Cassenübergabe an den neuernannten Stadtkassier.

Hierauf wird zur Tagesordnung geschritten:

VI. Der Gemeinderath genehmigt die Auszahlung für auf Rechnung des Armen- und Versorgungsfondes in früheren Jahren erfolgte Medicamente den Betrag von 232 fl. 95 kr. aus der Stadtkasse an den Apotheker A. Ramm mit dem Bemerkten, daß der Magistrat in Zukunft zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gemeindehaushalte auf rechtzeitige Vorlage der Apothekerrechnungen zu sehen und in Erwägung zu ziehen habe, ob bei dieser Rubrik nicht Ersparnisse zu erzielen wären.

VII. Der freiwilligen Feuerwehr in Laibach wird nach Vortrag des Gebahrungsberichtes pro 1873 für das Jahr 1874 die Subvention per 500 fl. bewilligt.

VIII. Das Gesuch der hiesigen Hochschützengesellschaft um Ueberlassung einer Grundfläche in der Livolinalung zur Erbauung eines neuen Schießstandes wird nach kurzer Debatte, an der sich die GMR. Dr. Reebacher, Lagnig, Dreo und Pfefferer beteiligen, nach Antrag der Finanzsection abgelehnt.

IX. Der Gemeinderath genehmigt nachträglich die im Jahre 1873 aus der Stadtkasse erfolgte Auszahlung der Tagelohnen an die Wachmannschaft im Betrage von 35 fl.

X. Die Entscheidung betreffend die Ueberlassung des Baues einer neuen städtischen Volksschule an einen der vier Offerenten Lukas Tauer, Faleschini, trainische Bau-Gesellschaft und Solob wird in der Erwägung, als nach Antrag des GMR. Dr. v. Kaltenegger früher die Prinzipienfrage — ob die nach Schluß des Concursstermines eingelangten Nothtragsofferte zulässig seien oder nicht — zu erledigen sei, und GMR. Bürger diese wichtige Angelegenheit nicht überstürzt wissen will, über Antrag des letzteren verlag.

XI. Die Herstellung eines Kanales am Reber mit dem Kostenbetrage per 270 fl. wird genehmigt.

XII. Der Gemeinderath genehmigt die probeweise Verwendung des Bauingenieurs Wagner beim städtischen Bauamte vorläufig auf die Dauer von drei Monaten und weiters die Verwendung des Aushilfsmechanikers A. Einhart im Kanzlei- und Baufache für dieselbe Zeit, mit der Entlohnung bei ersterem von 1400 fl. Jahresgehalt pro rata und bei letzterem mit einem Tagelohn von 1 fl. 50 kr.

XIII. Der Gemeinderath genehmigt hiernach folgende Anträge:

1. Der hiesigen evangelischen Schule ist pro 1873 die Subvention per 150 fl. aus der Stadtkasse zu erfolgen;

2. die Erfordernisse der Ursulinerinnen-Katholischenschule sind insolge aufgeloösten Patronatsverhältnisses durch die Concurrenz der eingeschuldeten Gemeinden zu decken;

3. für die Schülerbibliothek an der St. Jakobschule ist ein Betrag von 30 fl.; zur Anschaffung von Lehrmitteln dortorts ein solcher mit 60 fl. und zur Deckung der Schulerfordernisauslagen an der tirnauer Schule pro 1873 der Abgang aus der Stadtkasse zu erfolgen; hinsichtlich letztgenannter Schule hat eben auch insolge veränderten Patronatsverhältnisses im Jahre 1874 die Concurrenz der eingeschuldeten Gemeinden einzutreten;

4. dem Religionslehrer an der Nothschule am Moorgrunde ist an jedem Dinstage die Fahrgelegenheit in natura beizustellen;

5. die Auslagen des hiesigen Ortschaftsrathes pro 1873 per 48 fl. 80 kr. sind aus der Stadtkasse auszahlbar.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen und beginnt die geheime Sitzung.

Bertha hörte mit Vergnügen, daß der Kranke um die Erlaubnis nachsuche, ein paar Stunden in ihrer unmittelbaren Nähe zuzubringen.

„Der kranke junge Herr ist mir vom Herzen willkommen“, sagte. „Melde ihm, daß ich schon Toilette gemacht habe und ihn erwarte.“

Eine Stunde darauf hatte Arthur auf dem im Wohnzimmer befindlichen Divan Platz genommen. Die junge Frau aber saß am Klavier, spielte und ließ auf seine Bitten mehr als ein seelenvolles Lied ihren blühenden Lippen entströmen, nachdem der kleine Stöckchenfied Berthold hinausgeschickt worden.

Von Bernsdorf schwebte in Wonne und betrachtete die schöne Singende mit glühenden Blicken.

„Mein muß sie werden, mein“, murmelte er. „Das reizende Geschöpf muß einst mir angehören und der Kunstwelt darf dies herrliche Talent nicht verloren gehen.“

Von nun an war Arthur der tägliche Besucher im Herrenhause. Und mit jedem Tage, an dem er erschien, bemerkte Bertha, daß die Blässe in seinem Antlitze mehr und mehr einer lebhaften Röthe zu weichen begann, daß seine Sprache lauter und kräftiger wurde, daß sein Auge wieder in voller Lebenslust leuchtete, und daß sein Gang die frühere Elasticität annahm. Sie sah diese rasch fortschreitende Genesung mit unversättelter Freude, die noch höher stieg, als Arthur ihr nach Verlauf von zwei Wochen erklärte, seine Brust sei aller Schmerzen frei und sich die Erlaubnis erbat, mit seiner gütigen Wirthin ein Duett singen zu dürfen.

Bertha war entzückt von dieser Bitte. Ihre Gesangslust erwachte in alter Stärke. Dem ersten Duette folgte das zweite, das dritte. Alle diese Musikstücke waren aus bekannten Opern gewählt. Dann sang Arthur allein. Er wechselte mit schmelzenden Liedern und brillanten Arien ab, aus denen bald der Schmerz ungefüllter Liebessehnsucht, bald die Wonne erhöhter Liebe herauskante. Die junge Frau glaubte jetzt klar zu erkennen, was ihr bis jetzt in ihrer Einsamkeit gefehlt habe und fühlte sich glücklich, wenn Arthur an ihrer Seite saß und die verführerischen Laute seiner klangreichen Stimme in ihr Ohr fließen ließ. Sie dachte nicht mehr an ihren Gatten, oder wenn es doch geschah, nur mit Angst an seine Zurückkunft, da Arthur alsdann, weil er vollständig genesen, das Gut verlassen mußte und ihr Leben so einsam und monoton verfließen würde, wie in der Zeit, ehe er zu ihr gekommen; sie freute sich nicht mehr, wenn der holde Knabe lachend und jauchzend auf sie zusprang und sie bat, ihn auf den Schoß zu nehmen und zu küssen. Ihr ganzes Sein, ihr Fühlen und Denken war in ihrer Leidenschaft für die Kunst des Gesanges aufgegangen.

Erstaunt, doch zugleich hochvergnügt, lauschte der alte Christian oft hinter der Thür des Wohnzimmers, wenn Arthur mit seiner Herrin sang und spielte.

„Das haben meine Mittel zumege gebracht“, sagte er dann und rieb sich schmunzelnd die knöchernen Hände.

Der wackere alte Diener ahnte nicht, daß jedes Lied, das er von Arthur hörte, ein Grablied für das Glück seines abwesenden geliebten Herrn war.

(Fortsetzung folgt.)

